

AUFGETAUTE FRAGEN

Der globale Klimawandel wirft nicht nur aus ökologischer Sicht viele Fragen auf. Auch Juristen müssen sich im Zuge der Klimaerwärmung mit neuen Problemstellungen beschäftigen.



Foto: www.istockphoto.com

In der Arktis sind die Auswirkungen des globalen Klimawandels besonders stark bemerkbar. So war die bisher nur mit Eisbrechern befahrbare Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik – die sogenannte Nordwestpassage – aufgrund der steigenden Temperaturen im September 2007 zum ersten Mal durchgehend befahrbar. Auch die Befahrbarkeit der Route über die Nordostpassage zwischen den Nordküsten Europas und Asiens soll bis ins Jahr 2080 von 20 bis 30 Tagen auf 90 bis 100 Tage steigen. „Die Nordostpassage wurde im Sommer 2009 von zwei deutschen Handelsschiffen zum ersten Mal für kommerzielle Zwecke durchquert. Diese neuen Schiffsrouten, die eine wesentliche Zeitersparnis bedeuten, und auch die Rohstoffreserven, die in diesen nun leichter zugänglichen Gebieten vermutet werden, sind natürlich Gründe dafür, dass das Interesse an der Arktis wächst“, beschreibt Mag. Anja Pfurtscheller die Situation. Die Juristin beschäftigt sich in ihrer von Prof. Peter Hilpold betreuten Dissertation mit neu entstandenen Rechtsproblemen in der Arktis, die sich durch den Klimawandel ergeben.

UNGEKLÄRTER STATUS

Bis heute ist der politische Status der Arktis noch nicht geklärt. Da neben den möglichen neuen Seewegen laut Schätzung des Geologischen Dienstes der USA 13 Prozent der weltweiten Erdölreserven und 30 Prozent der Erdgasreserven in dieser sensiblen Region verborgen liegen, ist das Interesse der Anrainerstaaten groß, die Besitzansprüche zu klären. Derzeit setzen sich besonders die acht Mitgliedsstaaten des Arktischen Rats mit der aktuellen Situation am Nordpol intensiv auseinander. In der „Ilulissat Declaration“ haben sich bereits die fünf Arktisstaaten USA (Alaska), Kanada, Dänemark (Grönland, Färöer), Norwegen (Spitzbergen) und Russland darauf geeinigt, eine friedliche Lösung in Bezug auf die Gebietsansprüche in der Arktis zu finden. Es gibt aber auch zahlreiche andere Staaten, wie Japan oder China, internationale Organisationen wie die Internationale Seeschiffahrtsorganisation oder NGOs wie den WWF, die an den aktuellen Entwicklungen in der Arktis großes Interesse haben. „Wenn man bedenkt, dass 90 Prozent des Außenhandels der Europäischen Union über den Seeweg abgewickelt wird, so ist es nicht verwunderlich, dass auch diese an einem verkürzten Seeweg von Europa nach Asien durch arktische Gewässer interessiert ist“, erklärt Pfurtscheller. In ihrer Dissertation will die Juristin die verschiedenen Interessen und Positionen auflisten und potenzielle Konflikte aufzeigen. „Ich bin mir aber durchaus bewusst, dass die Abgrenzungstreitigkeiten sowie die eindeutige Klärung des Rechtsstatus der Nordwest- und Nordostpassage vermutlich noch lange ungelöst bleiben werden“, so Pfurtscheller. sr 